



## Newsletter Nr. 2/2024 (Juni)

Inhalt:	Seite
<b>Vorwort</b>	2
<b>Bericht aus dem Bereich Migration und Integration</b>	
Positionspapier zur diskriminierungsfreien Ausgestaltung der Bezahlkarte für Asylsuchende	3
<b>Berichte aus dem Bereich Soziale Dienste</b>	
EK Schuldnerberatung: Aktionswoche Schuldnerberatung	5
EK Betreuungsrecht: Justizministerkonferenz in Hannover - Betreuungsvereine erhalten!	6
<b>Berichte der Landesstelle Jugendschutz</b>	
„Soziale Netzwerke“ - Neues Kartenset im Projekt Elterntalk Niedersachsen	8
Jugend und Sex – Was ist erlaubt?	9
<b>Bericht der Stelle für Soziale Innovationen</b>	
Abschluss und Auswahl der dritten Antragsrunde	10
Die geförderten Projekte Daseinsvorsorge (DSV) und Arbeitswelt (AW)	10
<b>Sonstiges / Veranstaltungen und Terminhinweise</b>	
Wohlfahrtspflege und Kinderschutzbund Niedersachsen fordern wirksame Kinderschutz-Strategie	13
Hanna Naber: Wohlfahrtsverbände entscheidend im Kampf gegen Rechtsextremismus	14
Save-the-Date: Vorstellung des Anlagenberichts der LAG FW zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung (HSBN)	15
Erfahrungsaustausch der Betreuungsvereine	16

## Vorwort

Liebe Leser\*innen, liebe Kolleg\*innen,

Sie erhalten den neuen Rundbrief der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-  
pflege in Niedersachsen (LAG FW). Wie immer können Sie dadurch einen Einblick erhalten,  
mit welchen vielfältigen Themen sich die LAG FW in jüngster Zeit befasst hat.

Viele Themen, die aktuell in der LAG FW besprochen werden, sind geprägt von der Frage  
der kommenden Haushalte von Bund, Land und Kommunen. Am Beispiel des Berichtes des  
Expertenkreises Betreuungsrecht (Seite 6 ff) wird deutlich, dass die unsichere Finanze-  
rungssituation die Arbeit dieser wichtigen Stellen in große existenzielle Schwierigkeiten brin-  
gen kann.

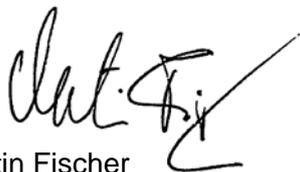
Bei dem Thema Ausgestaltung der Be-  
zahlkarte für Asylsuchende (Seite 3 ff)  
steht die wichtige gesellschaftliche Frage  
im Mittelpunkt, wie wollen wir mit geflüch-  
teten Menschen in unserem Land umge-  
hen.

Die Berichte über aktuelle Themen unse-  
rer Facharbeitsgemeinschaft Landesstelle  
Jugendschutz und über das Projekt Sozi-  
ale Innovation runden unseren „Sommer-  
bericht“ ab.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommer-  
zeit.

Falls Sie Rückfragen haben, wenden Sie  
sich gerne an die LAG FW Geschäfts-  
stelle.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr 

Martin Fischer  
Geschäftsführer



Foto von Anja Strebel

## **Bericht aus dem Bereich Migration und Integration**

### **Positionspapier zur diskriminierungsfreien Ausgestaltung der Bezahlkarte für Asylsuchende**

Ein Bündnis aus der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, dem niedersächsischen Flüchtlingsrat und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Niedersachsen haben gemeinsam ein Positionspapier zur geplanten „Bezahlkarte“ für Asylbewerber\*innen verabschiedet.

In dem Papier an die niedersächsische Landesregierung fordert das Bündnis eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung der beschlossenen „Bezahlkarte“.

Dr. Gerhard Tepe, Vorsitzender der LAG FW, erklärt: „Sozialleistungen zu erhalten, erklärt keinem Flüchtling zu seinem Zukunftstraum. Aber eine Bezahlkarte für Geflüchtete ist sicher zeitgemäßer als das Schlange stehen für Bar-Auszahlungen. Die geplanten Einschränkungen dürfen allerdings nicht die persönliche Lebensführung der Betroffenen einschränken. Daher plädieren wir als Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen für eine praktische Handhabung, ohne Stigmatisierungsfolgen für die Betroffenen.“

Die Einführung einer Bezahlkarte kann für Menschen, die kein oder noch kein Bankkonto besitzen, sinnvoll sein, um diese mit Leistungen versorgen zu können. Jedoch kann der Einsatz einer „Bezahlkarte“ mit eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten zu Stigmatisierung und Diskriminierung führen. Die mit der Einführung einer „Bezahlkarte“ einhergehende Entmündigung würde nachhaltig ihre Integration und Teilhabe erschweren.

Weiterhin wird angenommen, dass die Ausgestaltung der „Bezahlkarte“ gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen könnte.

In dem Positionspapier fordert das Bündnis:

- Bankkonto statt Bezahlkarte: Die bestehende Lösung per Banküberweisung hat sich bewährt. Die Bezahlkarte sollte, wenn überhaupt, nur in Aufnahmeeinrichtungen des Landes eingesetzt werden, bis ein Bankkonto eröffnet werden kann.
- Die Bezahlkarte soll so ausgestaltet sein, dass sie einsetzbar ist wie alle anderen Debit- bzw. EC-Karten, auch in allen Geschäften, für jede Dienstleistung und auch eine freie Verfügung über Bargeld ermöglicht.
- Der gesamte Bargeldebetrag muss abhebbar sein: Bargeld ist unerlässlich für eine bedarfsdeckende und menschenwürdige Gewährung des Existenzminimums. Wenn kein ausreichender Zugang zu Bargeld mehr gegeben ist, können die kostengünstigen Angebote von Sozialkaufhäusern, Gebrauchtwarenmärkten, Flohmärkten und Tafeln, aber auch die Bezahlung anwaltlicher Vertretung im Asylverfahren nicht mehr genutzt werden. Kinder auf Schulausflügen brauchen Kleinstbeträge in bar.
- Überweisung und Lastschriftverkehr müssen mit der Bezahlkarte möglich sein: Die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr muss möglich sein, um beispielsweise Telefonverträge, kostengünstige Online-Einkäufe oder das Deutschland-Ticket zahlen zu können. Geflüchtete und ihre Kinder könnten keinem Sportverein beitreten, da sie die Mitgliedsbeiträge nicht überweisen können. Die Stadt Hannover macht es vor: Mit dem dortigen System sind z. B. Überweisungen möglich, sie funktioniert wie eine EC-Karte.

- Es dürfen keine bestimmten Händlergruppen ausgeschlossen werden: Asylsuchenden muss die Möglichkeit gegeben werden, eigenverantwortlich und selbstbestimmt entscheiden zu können, welche Waren und Dienstleistungen sie benötigen.
- Die Diskussion um die Einführung der Bezahlkarte sollte sachgerecht und im Sinne einer integrationsfördernden, verwaltungsentlastenden Maßnahme geführt werden.

Abschließend bietet das Bündnis dem Land Niedersachsen an, beratend zur Verfügung zu stehen, um im Sinne der schutzsuchenden Menschen Lösungen zu erarbeiten.

Für Rückfragen steht Ihnen Regina Krome, Vorsitzende des Ausschusses „Migration und Integration“, (Tel.: 05 11 / 5 24 86 - 3 83, Mail: [regina.krome@paritaetischer.de](mailto:regina.krome@paritaetischer.de)), zur Verfügung.

## Bericht aus dem Bereich Soziale Dienste

### Beitrag des EK Schuldnerberatung: Aktionswoche Schuldnerberatung

Seit mehr als vier Jahren beherrschen Krisen den Alltag der Menschen. Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation und Energiepreiskrise haben die Menschen auch finanziell stark belastet. Alles ist teurer geworden, die Sparguthaben schmelzen. Viele Menschen haben keine Rücklagen mehr.

Deshalb ist es kein Wunder, dass der Andrang von Ratsuchenden in den Schuldnerberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände deutlich gestiegen ist. Bereits im April hat die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) die 1 400 Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und der Verbraucherzentralen dazu befragt. Über 60 % berichten von einer erhöhten oder stark erhöhten Nachfrage nach Schuldnerberatung. Es kommen mehr Erwerbstätige, mehr Selbständige und mehr Rentner\*innen, Menschen, die früher nur selten zum Klientel der Beratungsstellen gehörten.

Aber noch ein anderes Klientel sucht die Beratung vermehrt auf, junge Leute mit Kleinstkrediten und vor allem mit Schulden aus dem Online-Shopping. Anbieter versprechen mit „Buy Now, Pay Later“ finanzielle Flexibilität. Sofort kaufen, später bezahlen, das klingt gut, wenn das Geld knapp ist. Die Vorteile des digitalen Geschäftsmodells werden von den Anbietern hervorgehoben, die Nachteile und Kosten dagegen sind nur schwer zu erkennen.

Deshalb stellte die AG SBV die diesjährige Aktionswoche Schuldnerberatung unter das Motto „Buy Now, Inkasso später“.

Sie möchte darauf aufmerksam machen, dass vor allem junge Menschen leicht den Überblick verlieren, wenn sie häufig mit wenigen Klicks im Internet bestellen. Zahlen sie nicht pünktlich, wird der Kaufvertrag zum Kreditvertrag. Es fallen Zinsen an, die zuvor nicht bedacht wurden.

Deshalb fordern die Vertreter\*innen der Schuldnerberatungsstellen mehr Transparenz bei diesen Online-Angeboten. Die Grenzen zwischen Kauf und Kredit müssen deutlich gemacht werden. Die Kosten der Kredite müssen klar benannt werden.



Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände  
AG SBV

Daneben wird mehr Präventionsarbeit benötigt. In digitalen Zeiten brauchen vor allem junge Menschen mehr Wissen zu finanziellen Themen und mehr Überblick im Dickicht der Angebote, um nicht in die Schuldenfalle zu geraten. Um in Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Akteuren mehr finanzielle Bildung vermitteln zu können, müssen die Schuldnerberatungsstellen für diese vorbeugende Arbeit ausreichend finanziert werden.

Für Rückfragen steht Ihnen die Sprecherin des EK Schuldnerberatung, Antje Braun (Tel. 05 12 1 / 9 38-140, Email: [antje.braun@caritas-dicvhildesheim.de](mailto:antje.braun@caritas-dicvhildesheim.de)), zur Verfügung.

### **Beitrag des EK Betreuungsrecht: Justizministerkonferenz in Hannover Betreuungsvereine erhalten!**

Betreuungsvereine stehen bundesweit finanziell an der Wand. Anlässlich der Justizministerkonferenz am 05.06.2024 in Hannover forderten die Betreuungsvereine eine zeitnahe Neuregelung der Betreuervergütung, da viele Betreuungsvereine spätestens 2025 vor der Insolvenz stehen. Die Kosten eines Betreuungsvereins sind – trotz der Ende 2023 beschlossenen Inflationsausgleichszahlung – nicht ausreichend gedeckt und Eigenmittel aufgebraucht. Daher stand der Aktionstag auch unter dem Motto „Wenn wir dicht machen müssen, wer kümmert sich dann?“.



An der Aktion zur Bundesjustizministerkonferenz am 05.06.2024 am Schloss Herrenhausen beteiligten sich gut 350 Betreuer\*innen eines bundesweiten Bündnisse und zeigten Präsenz. Durch hohen Einsatz von Akteuren der Caritas und des Paritätischen als Mitglieder der LAG FW wurde die Veranstaltung mitgestaltet und gegenüber freien Trägern die Kompetenz der Wohlfahrtspflege deutlich gemacht.

Erfreulicherweise kamen Justizminister\*innen aus den Ländern Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu den Demonstrierenden heraus und sprachen mit ihnen. Die Minister\*innen waren sehr interessiert und fragten nach. Sie gaben die Rückmeldung, dass sie inhaltlich nicht mehr überzeugt werden müssen. Sie begrüßten die Aktion zur Bundesjustizministerkonferenz sehr. In der Regel seien eher die Sozialministerien mit Demonstrationen konfrontiert.

Große bis massive Hürden sind noch bei den Finanzentscheider\*innen zu überwinden. Deshalb wird es nötig sein, durch persönliche Kontakte auf Länderebene den Druck zu erhöhen. Die zum 01.01.2026 angestrebte Reform des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) muss vom Bundestag verabschiedet werden und benötigt die Zustimmung des Bundesrates. Denn zahlen müssen die Länder.

Medial wurde die Aktion mit Presseartikeln und Berichten im NDR-Fernsehen begleitet:

<https://www.ardmediathek.de/video/ndr-info/ndr-info-17-00-oder-05-06-2024/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS9wcm9wbGFuXzE5NjM1MDQ3OF9nYW56ZVNIbmR1bmc>

(ab ca. 3:50 Minute)

[https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg\\_ostfriesland/Betreuungsvereine-in-Niedersachsen-fordern-Zukunftssicherheit,betreuungsvereine104.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Betreuungsvereine-in-Niedersachsen-fordern-Zukunftssicherheit,betreuungsvereine104.html).

Für die Betreuungsvereine war der Aktionstag am Schloss Herrenhausen erfolgreich.

Ob ihre Forderung erhört wird, ist aber weiterhin offen. Die Existenzbedrohung besteht unvermindert fort.

Wenn die Betreuungsvereine dicht machen, müssen die Betreuungsbehörden der Kommunen, als gesetzlich festgelegte Ausfallbürgen, die Betreuungsführung übernehmen. Dazu sind diese fachlich, personell und finanziell nicht in der Lage. Manche Kommunen haben das erkannt und setzen sich für den Erhalt der Betreuungsvereine ein.



Für Rückfragen steht Ihnen der Sprecher des EK Betreuungsrecht, Klaus Jacobs (Tel. 05 41 / 34978-266, Email: [kjacobs@caritas-os.de](mailto:kjacobs@caritas-os.de)), zur Verfügung.

## Berichte der Landesstelle Jugendschutz

### „Soziale Netzwerke“ - Neues Kartenset im Projekt Elterntalk Niedersachsen

Die Nutzung digitaler Medien gehört ab dem frühesten Kindesalter selbstverständlich zum Alltag dazu. Viele Kinder bekommen zum Wechsel auf die weiterführende Schule ein eigenes Smartphone und es entsteht schnell der Wunsch, in den Sozialen Netzwerken aktiv zu werden. Kinder tauschen sich mit Familienmitgliedern und Freunden über WhatsApp und Snapchat aus, gucken lustige Videos auf YouTube und TikTok und verfolgen aktuelle Trends auf Instagram. In den Sozialen Netzwerken können Kinder und Jugendliche jedoch auch auf problematische Inhalte stoßen. Zur Medienerziehung, als einen wichtigen Teil der Erziehung, gehört es, digitale Medien sinnvoll in den Familienalltag zu integrieren. Eltern sind dabei Vorbilder für ihre Kinder und sollten vertrauensvolle Ansprechpersonen sein, auch wenn mal etwas schief gegangen ist.



Damit Eltern sich zu diesen wichtigen Aspekten austauschen können, wurde im Rahmen vom Projekt Elterntalk mit der Unterstützung des Arbeitsbereiches Medienpädagogik der LJS ein neues Kartenset entwickelt. Bei den diesjährigen Moderator\*innen-Treffen am 01.06.24 in Oldenburg und am 08.06.24 in Hannover, zu denen neben den Moderator\*innen auch Regionalbeauftragte angereist sind, wurde dies nun vorgestellt. Die Teilnehmenden erhielten dazu von der Projektleitung Nicole Wockenfuß eine Einführung in die verschiedenen Themenbereiche des Kartensets, wie beispielsweise Influencer\*innen, Kettenbriefe und Challenges, sowie Cybermobbing. Mittels 25 Bildkarten, die vielfältige Facetten der Sozialen Netzwerke abbilden, konnten die Teilnehmenden neues Wissen erwerben und sich zu ihren eigenen Erfahrungen mit Apps wie TikTok, Instagram und Co. austauschen.

Da es wichtig ist, dass sich Eltern auch über die Chancen und Risiken Sozialer Netzwerke austauschen, wurde der Fokus am Nachmittag auf eine der Gefahren der App TikTok gelegt. Von der Projektreferentin Mecbure Oba erfolgte ein Input zum Thema „Extremismus in den Sozialen Netzwerken am Beispiel von TikTok“, der die Sensibilisierung der Teilnehmenden für rechtsextreme und islamistische Propaganda in den Sozialen Netzwerken zum Ziel hatte. Gemeinsam wurden Videobeispiele zum Thema geschaut und weiterführende Informationsmaterialien für die Weitergabe an Eltern vorgestellt.

Ab dem 01.07.2024 kann zu dem Thema „Soziale Netzwerke“ an den 18 Elterntalk Standorten in Niedersachsen getalkt werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der Projektwebseite unter [www.elterntalk-niedersachsen.de](http://www.elterntalk-niedersachsen.de). Für Rückfragen steht Ihnen Nicole Wockenfuß als Projektleitung von Elterntalk bei der Landesstelle Jugendschutz per Telefon unter 05 11 / 85 87 88 oder per E-Mail: [nicole.wockenfuß@jugendschutz-niedersachsen.de](mailto:nicole.wockenfuß@jugendschutz-niedersachsen.de) zur Verfügung.

## Jugend und Sex – Was ist erlaubt?

*Die wichtigsten gesetzlichen Regelungen zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen.*

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 SGB VIII).

Das bedeutet, dass in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ein besonderer Fokus auf die Aspekte des gesellschaftlichen Miteinanders gelegt werden muss, wie beispielsweise die sexuelle Selbstbestimmung. „Jugend und Sex“ ist eine praktische Hilfestellung für den pädagogischen Alltag, immer dann, wenn Fachkräften nicht eindeutig klar ist, ob eine Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung vorliegt.

Ein schneller Blick in die überschaubare Broschüre bietet Klarheit. Was ist erlaubt? Was nicht? Was gilt für den digitalen Raum? Und welche Pflichten haben pädagogische Fachkräfte in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen?

Die Broschüre richtet sich an Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Sie fasst die wichtigsten Gesetze zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung zusammen, geht auf detailliert auf Altersschutzgrenzen sowie Besonderheiten im digitalen Raum (Sexting, Pornografie, Missbrauchsdarstellungen) und in Bezug auf die Aufsichtspflicht ein. Die Broschüre ist hier als Download erhältlich: [Shop \(jugendschutz-materialien.de\)](http://shop.jugendschutz-materialien.de).

Für Rückfragen steht Ihnen Eva Hanel, Referentin für Medienpädagogik Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, Telefon: 05 11 / 85 87 88, E-Mail: [Eva.Hanel@jugendschutz-niedersachsen.de](mailto:Eva.Hanel@jugendschutz-niedersachsen.de), zur Verfügung.





## **Sitzung der Steuerungsgruppe am 17.04.2024**

Das Programm „Soziale Innovation“ läuft seit dem Jahr 2015. Für die EU-Förderperiode 2021 - 2027 stehen aktuell insgesamt 18,6 Mio. € zur Verfügung.

## **Abschluss und Auswahl der dritten Antragsrunde**

Mitte April 2024 tagte die Steuerungsgruppe Soziale Innovation unter Federführung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung (MB). Die Steuerungsgruppe besteht aus Vertreter\*innen der Stellen für Soziale Innovation, dem Bundes- und Europaministerium, dem Sozial- und Wirtschaftsministerium, der NBank und dem Innovationszentrum.

Für die dritte Runde wurden aus insgesamt 38 Projektideen sieben zur Einreichung eines Vollantrags ausgewählt, davon fünf aus der „Stärker entwickelten Region (SER) und zwei aus der so genannten Übergangsregion (ÜR). Anvisiert ist der Projektstart zum 01.09.2024.

## **Die geförderten Projekte Daseinsvorsorge (DSV) und Arbeitswelt (AW)**

### **ShuntWizard**

Städt. Klinikum BS + Carealytix Digital Health GmbH (DSV)

Patient\*innen, die in Folge einer Niereninsuffizienz auf eine Hämodialyse (HD) angewiesen, benötigen einen spezielle Gefäßzugang am Unterarm (ugs. Shunt), über den das Blut aus dem Körper geleitet und maschinell gereinigt wird. Dieser Shunt ist regelmäßig durch medizinisches Fachpersonal zu untersuchen. Trotzdem kommt es häufig zu kostspieligen Verschlüssen des Shunts. Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines Smartphone-basierten Shunt-Monitorings, das dem Patienten selbst eine objektive, ressourcenarme und zeitsparende Untersuchung des Shunts ermöglicht.

### **OCTE One Click TO Evidence**

One Click TO Evidence eG + Auf der Bult - Hannoversche Kinderheilanstalt (DSV)

Entwicklung einer Web-Anwendung für die pädiatrische Notfall- und Intensivmedizin, um schnell rechtsichere, evidenzbasierte und leitlinienkonforme Behandlungspläne erstellen zu können. Ziel ist es, den Aufwand für die Behandlungspläne, um bis zu 50 % zu reduzieren und so schneller und effizienter den Einsatz in der Praxis durchzuführen. Die Plattform soll flexible programmierbar und für weitere Funktionen anpassbar sein (z. B. Telemedizin, gemeinsame Studien).

### **Cocreation-Care-Lab**

Ostfalia Hochschule + Bethanien gGmbH - Haus St. Vinzenz- (AW)

Ziel des CoCare-Lab ist es, im realen Setting durch Zusammenarbeit der Berufsgruppen der stationären Langzeitpflege (nach SGB XI) mit der Pflegewissenschaft und Unternehmen der Pflege-/IT-Branche (insb. Startups/KMUs) cocreativ und wissenschaftlich basiert Lösungswege für eine bedarfsgerechte Digitalisierung in Pflegeheimen zu erarbeiten, um dadurch den Defiziten in der Pflegeversorgung entgegenzuwirken. Teilnehmende Unternehmen können im Anschluss im CoCare-Lab ihre Produktinnovationen testen.

### **LEBENSWANDELN Vielfalt im Alter; gemeinschaftliches Wohnen**

Stiftung zum Heiligen Geist + Lebenshilfe Hannover gGmbH (DSV)

Erforschung der spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen von Menschen mit geistiger Behinderung im Hinblick auf ein betreutes Wohnprojekt im Alter. Ziel ist die Schaffung einer sozialen Gemeinschaft von Senior\*innen mit und ohne geistige Behinderung und die Entwicklung eines Konzepts für ein inklusives Wohnprojekt. Ein integriertes pflegewissenschaftliches Forschungsvorhaben soll Best Practice Beispiele identifizieren und einen Leitfaden entwickeln.

### **Bleiben wegen guter Führung – Digitale Narrationen gegen den Pflege Exit**

Hanse Institut Oldenburg gGmbH + Klinikum Oldenburg AöR (AW)

Das Projekt erprobt, die gängige Führungspraxis im Gesundheitswesen (in Hierarchien) aufzubrechen und neue Ansätze (z. B. coachende, laterale und unterstützende) im Führungsverständnis zu etablieren.

In Anlehnung an die etablierten CIRS-Meldungen (<https://www.cirsmedical.de/>) sollen im Projekt anonyme Beiträge zu erfolgreichen Führungspraktiken, innovativer Teamarbeit oder gelungenen Anleitungen in einer Datenbank („SUCCESS“) gesammelt werden. Ziel ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche: Resilienz von Pflegenden steigern, vorhandenes Personal binden und neue Formen der Zusammenarbeit erproben.

### **Rheuma Erkrankungen Langfristig Interdisziplinär Entlasten & Vorbeugen**

MHH + Regionales Kooperatives Rheumazentrum Niedersachsen e. V. (DSV)

Menschen mit Gelenkerkrankungen leiden trotz guter Therapien oftmals unter Schmerzen und Mobilitätseinschränkungen, die zu hohem Krankenstand und eingeschränkter sozialer Teilhabe führen. Hinderlich scheinen die Terminkoordination und häufig schwierige Absprachen zu sein. Darum entwickelt und erprobt das Projekt ein strukturiertes, digital gestütztes interdisziplinäres und individuell anpassbares Behandlungskonzept für Rheumapatient\*innen, die Physiotherapie, Ergotherapie, Psychotherapie und Ernährungsberatung kombinieren.

### **SELFIT – Hochschule 21 + Hochschule 21 (DSV)**

Das Akronym SELFIT kombiniert die Schlüsselziele des Projekts: Selbständigkeit der zu pflegenden Menschen, Entlastung des Pflegepersonals und finanzielle Entlastung der Sozialaufgaben durch individuelles Training mit den zu Pflegenden.

Dazu entwickelt das Forschungsprojekt ein app-basiertes Screening- und Trainingsprogramm in einem interdisziplinärem Trainerteam, das die Teilnehmer\*innen über zwölf Monate in der Durchführung ihrer individualisierten Trainingspläne begleitet.

### **Selbstbestimmt leben trotz Krise –**

Bündnis gegen Depression im Landkreis Rotenburg (Wümme) e. V. + AGAPLESION Diakonie-klinikum Rotenburg (DSV)

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird für psychisch Erkrankte durch Stigmatisierung und Ausgrenzung erschwert. Besonders in einem Flächenlandkreis ist der direkte Kontakt zwischen erkrankten und nicht-erkrankten Menschen schwierig herzustellen. Das Projekt will mit Hilfe einer aufzubauenden Ehrenamtsorganisation psychisch Erkrankte zur Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten außerhalb der Klinik motivieren und dabei unterstützen. Dabei wird ein sektorübergreifender Ansatz verfolgt, der sowohl im klinischen als auch im ambulanten Setting Anwendung findet.

# Stelle für Soziale Innovation

der Freien Wohlfahrtspflege

Eine vierte Förderrunde ist für 2025 geplant. Über die Fristen informieren wir auf der Homepage und über die Newsletter der LAG FW.

Interessierte sind eingeladen, sich mit Ihrer Idee an uns zu wenden und die Beratungsleistung und das Knowhow der Stelle Soziale Innovation der LAG FW im Bereich der Daseinsvorsorge zu nutzen.

## **Interessiert?**

Dann kommen Sie - für Rückfragen, Programmvorstellungen und Beratungen - gern auf mich zu:

### **Imke Schmieta**

**Stelle Soziale Innovation der Freien Wohlfahrtspflege**

Telefon: 0511 / 85624750

E-Mail: [schmieta@lag-fw-nds.de](mailto:schmieta@lag-fw-nds.de)

[www.stelle-fuer-soziale-innovation.de](http://www.stelle-fuer-soziale-innovation.de)

### Wohlfahrtspflege und Kinderschutzbund Niedersachsen fordern wirksame Kinderschutz-Strategie

Hannover, 23. Mai 2024. Nicht erst seit dem Bekanntwerden des vielfachen Missbrauches von Kindern in Lügde vor einigen Jahren steht fest, dass junge Menschen vor Gefahren geschützt werden müssen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und der Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen haben ein Positionspapier veröffentlicht, in dem sie die Forderungen nach einem wirksamen Landeskinderschutzgesetz formulieren.

„Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben eines ressortübergreifend entwickelten und verantworteten Kinderschutzgesetzes auf Landesebene“, so Daniela Rump, Vorsitzende Kinderschutzbund Niedersachsen. Zeitgleich machen die Verbände der Wohlfahrtspflege und der Kinderschutzbund Niedersachsen auf gravierende Defizite aufmerksam.

So gibt es bisher keine Einbindung der Fachpraxis in die Entwicklung der Kinderschutzstrategie. Dies wird als dringend geboten angesehen, da Kinderschutz eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe ist. „Diese zu vernachlässigen, wäre eine schwere Hypothek für die Gesellschaft insgesamt“, heißt es von Dr. Gerhard Tepe, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege. Weiterhin sind die Forderungen nach ausreichenden finanziellen Mitteln und mehr Personal für einen starken Kinderschutz zentral. Ebenso entscheidend ist die flächendeckende Versorgung mit Facheinrichtungen für Beratung und Behandlung. Dazu gehören der Ausbau von Einrichtungen mit den Angeboten Krisen(-intervention), Diagnostik, Trauma-Behandlung und die Einrichtung mobiler Kriseninterventionsteams, um die Unterversorgung mit Trauma-Netzwerken und Kriseninterventionszentren auszugleichen und der Ausbau von Präventions-, Beratungs- und Therapieangeboten für Täter\*innen. Die bestehenden Fachberatungsstellen sind in der Einschätzung verschiedener Expertisen sowohl unterfinanziert als auch personell unterbesetzt.

Insgesamt muss die Qualitätsentwicklung des Kinderschutzes abgesichert werden, dazu kann ein Kinderschutzgesetz, welches unter Beteiligung von Fachexpertinnen und -experten entwickelt wurde, entscheidende Weichen stellen.

Die fachliche Auseinandersetzung mit „Kinderschutz-Fällen“ zeigt, dass die Sicherung von Kinderschutz kontinuierliches gesellschaftliches Engagement, hohe fachliche Expertise in den Institutionen und damit verbunden die Bereitstellung ausreichender personeller und fi-

nanzieller Ressourcen erfordert. „Eine Kinderschutzstrategie mit einem Landeskinderschutzgesetz kann diese Aufgaben absichern. Als Akteurinnen aus der Fachpraxis erklären wir daher nochmals deutlich unsere Bereitschaft an der Mitgestaltung eines Landeskinderschutzgesetzes mitzuwirken“, sagen die landesweit tätigen Verbände.

Pressekontakt:

Der Kinderschutzbund  
Landesverband Niedersachsen e.V.  
Pablo Sennett  
Kommunikation & Marketing  
Telefon: +49 (0)172 290 21 72  
E-Mail: presse@dksb-nds.de

Pressekontakt:

Dominik Baier  
Ausschussvorsitzender FA Jugendhilfe der  
LAG der Freien Wohlfahrtspflege  
in Niedersachsen e. V.  
Gruppenstr. 4  
30159 Hannover  
Telefon: 05 11 / 5 24 86-3 87  
E-Mail: dominik.baier@paritaetischer.de

## Hanna Naber: Wohlfahrtsverbände entscheidend im Kampf gegen Rechtsextremismus

Zusammenschluss der Wohlfahrtsverbände in Niedersachsen lädt zum Sommerempfang – Rund 100 Gäste –

**Hannover.** Als „entscheidenden Faktor im Kampf gegen Rechtsextremismus und Intoleranz“ hat die Präsidentin des niedersächsischen Landtags, Hanna Naber, die Arbeit der Wohlfahrtsverbände in Niedersachsen bezeichnet. „Oft sind sie die Exekutive des Staates“, sagte sie beim Sommerempfang der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen (LAG FW) am Montag, 13. Mai, in Hannover.

Die Verbände sorgen dafür, „dass Menschen sehen, dass man sich um sie kümmert“, sagte Naber vor rund 100 Vertreterinnen und Vertretern von Landesregierung, Parlament und niedersächsischen Wohlfahrtsverbänden in den Räumen der Propsteigemeinde St. Clemens in Hannover.

In Anbetracht von Übergriffen auf Rettungskräfte, Politiker oder Polizeibeamte rief der derzeitige Vorsitzende der LAG FW, Caritasdirektor Dr. Gerhard Tepe (Vechta), zu mehr Respekt voreinander auf. „Natürlich muss man nicht alles respektieren, was jemand von sich gibt oder tut“, so Tepe. „Aber jeden Menschen muss man respektieren, weil er Person ist und eine Würde besitzt.“

Auch gegen rechtsextreme Tendenzen grenzte sich Tepe klar ab. So sei das Propagieren von rechtsextremistischem Gedankengut oder rassistische Handlungen ein Kündigungsgrund innerhalb der Caritas in Niedersachsen. Tepe dankte allen Verbandskolleginnen und -kollegen, die sich hier ebenfalls klar positionieren.

Entschieden wandte er sich gegen Ausweisungsphantasien: „Heute sind es zugewanderte Menschen, die ausgewiesen werden sollen. Morgen möglicherweise Hochbetagte oder Sterbende, die als zu teuer gelten. Und übermorgen Menschen mit Handicaps.“

Seinen Dank an alle 500 000 Ehrenamtliche im sozialen Bereich in Niedersachsen sowie an die 230 000 hauptamtlich Beschäftigten in 6 000 Einrichtungen formulierte der niedersächsische Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Dr. Andreas Philippi, in einem Grußwort.

Als große Herausforderung beschrieb er den Fachkräftemangel sowie die Fachkräftesicherung insbesondere in der Pflege. Es müsse gelingen, „junge Menschen für die Arbeit im Gesundheitswesen zu begeistern.“ Als weitere Maßnahmen beschrieb er unter anderem die Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die bessere Erwerbsbeteiligung durch Frauen sowie die Gestaltung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur.

## **Terminhinweise**

### **Save-the-Date: Vorstellung des Anlagenberichts der LAG FW zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung (HSBN) am 30. September im DRK-Seminarzentrum in Hannover-Misburg**

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) wird in diesem Jahr erneut einen Anlagenbericht zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung (HSBN) vorlegen. Der diesjährige Bericht trägt den Titel "Chancen der Teilhabe an Arbeit für Menschen mit Behinderung – mit besonderem Fokus auf Werkstätten (WfbM) und andere Leistungsanbieter".

Werkstätten für Menschen mit Behinderung spielen eine bedeutende Rolle bei der Förderung von Selbstbestimmung, sozialer Integration und beruflicher Entwicklung für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen. Der Bericht bietet einen umfassenden Einblick in die aktuellen Bedingungen und Herausforderungen, denen diese Einrichtungen in Niedersachsen gegenüberstehen.

Ein besonderer Aspekt, der hervorgehoben wird, ist die Frage der Teilhabe in Bezug auf das Einkommen der Beschäftigten. Es wird deutlich, dass Menschen mit Behinderung in Werkstätten nicht die Möglichkeit haben, von ihrer Arbeit finanziell zu profitieren, sondern auf ergänzende Leistungen angewiesen sind. Dies stellt eine erhebliche Hürde für ihre Integration und Teilhabe dar und unterstreicht die Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung der Werkstätten im Sinne der Betroffenen.

Beschäftigte von Werkstätten kommen im Folgenden ebenso zu Wort wie Einrichtungsleitungen, um ein vielschichtiges Bild der Situation zu zeichnen. Dabei wird die Einkommenssituation der Beschäftigten detailliert dargelegt sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Auswirkungen auf ihr Leben beleuchtet. Insbesondere wird der Frage nachgegangen: Wie führt man mit einem Einkommen von 305 € ein normales Leben? Diese Frage verdeutlicht die prekäre finanzielle Lage von vielen Beschäftigten und die dringende Notwendigkeit, Lösungen zu finden, um ihre Teilhabechancen zu verbessern.

Der vollständige Bericht wird am 30.09.2024 im Rahmen eines Fachtages im DRK-Seminarzentrum in Hannover-Misburg vorgestellt, der gemeinsam von der LAG FW und dem Sozialministerium organisiert wird.

Hierzu laden wir herzlich ein.

### **Online-Erfahrungsaustausch der Betreuungsvereine am 21.11.2024**

Der Expertenkreis Betreuungsrecht der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW) veranstaltet am 21.11.2024 seinen jährlichen Erfahrungsaustausch als Videokonferenz, nachdem der Erfahrungsaustausch 2023 als Onlineveranstaltung gut angenommen wurde.

Die Veranstaltung steht unter dem Thema: *Betreuungsrechtsreform 2023 - Gut gedacht, schlecht gemacht? 2.0*

In zwei Austauschrunden werden aktuelle Fragen und Entwicklungen zur Betreuungsrechtsreform 2023 beleuchtet und diskutiert:

#### 1. Umsetzung der BtR-Reform in der Praxis

Zusammenarbeit der Akteure

Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben

Betreuer\*innen als Unterstützer\*innen

#### 2. Finanzierung der Arbeit

Zukunftsperspektiven für Betreuungsvereine

Entwicklung der Querschnittsfinanzierung (§ 7 BtOG)

Evaluation des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz und Umsetzung des Verfahrens zur Erhöhung der Betreuervergütungen